

N i e d e r s c h r i f t

über die 47. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 27.11.2003 im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Ausschussmitglieder an der Sitzung teil:

Schmitz, Peter,	1. stellv. Ausschussvorsitzender
Gunia, Wolfgang,	2. stellv. Ausschussvorsitzender
Anhalt, Wolfgang,	Ratsmitglied
Birx, Michael,	Ratsmitglied 16:25 - 20:20 Uhr
Bochem, Hans-Peter,	Ratsmitglied
Capellmann, Peter,	Ratsmitglied 17:15 - 20:20 Uhr
Doose, Friederike,	Ratsmitglied abwesend
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Frey, Heinz,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied
Kieven, Hubert,	Ratsmitglied
Köhne, Franz-Josef,	Ratsmitglied
Lambertin, Servatius,	Ratsmitglied
Meyer, Hans,	Ratsmitglied 16:00 - 19:50 Uhr
Neuenhoff, Claus Hinrich,	Ratsmitglied
Pott, Hildegard,	Ratsmitglied
Riesen, Karl-Heinz,	Ratsmitglied
Dr. Schumacher, Helmut,	Ratsmitglied
Kolonko-Hinssen, Eva-Maria,	Ratsmitglied mit beratender Stimme
Fitting, Hans Willi,	Ratsmitglied, Vertreter für Friederike Doose

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Prömpers, Andreas	Kämmerer
Haffner, Kerstin	Amtsleiterin Rechtsamt
Heinen, Helmut	Amtsleiter Hauptamt
Rutte-Merkel, Frank	Wirtschaftsförderer
Birkenfeld, Ralf	Sachbearbeiter Tiefbauamt, zu TOP 3
Kohnen, Karl-Josef	Sachbearbeiter Kämmerei, zu TOP 4, 5 und 6
Muckel, Frank	Schriftführer

Als Gäste sind anwesend:

Eheleute Hans und Sofie Otten zu TOP 3

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Beratungspunkte

3.a Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts 2003 bis 2007

- 12.2.a Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln bei der HHSt. 1.6700.57000 – Unterhaltung Straßenbeleuchtung (EWV) –
- 12.2.b Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung der Straßenbeleuchtung Baugebiet „Türkenbend“

und im nichtöffentlichen Teil um den Beratungspunkt

- 6.a Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln bei der HHSt. 1.5900.71500 – Betriebskostenzuschuss an die Brückenkopf-Park Jülich GmbH

zu erweitern. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Stadtverordneter Köhne beantragt für die SPD-Stadtratsfraktion, die Beratungspunkte

- 5. Übernahme von Teilen der Aufgaben des Büros Jülich Information durch die Brückenkopf-Park Jülich GmbH (siehe auch Antrag Nr. 38/2003 der SPD-Stadtratsfraktion)

und

- 12. Gründung einer Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft

im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Bürgermeister Stommel erläutert hierzu, dass die Beratungspunkte im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung vorgesehen sind, da es sich um Gesellschaftsfragen handelt. In Teilen könnten die Angelegenheiten jedoch auch öffentlich beraten werden.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, die Tagesordnung im öffentlichen Teil entsprechend um die Beratungspunkte 1 und 15 zu ergänzen.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung der Erweiterungen wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Übernahme von Teilen der Aufgaben des Büros Jülich Information durch die Brückenkopf-Park Jülich GmbH
 - 1.a. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.a.1. Umwandlung der Postfiliale Jülich 7 im Stadtteil Koslar in eine Partnerfiliale
 - 1.a.2. Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich
hier: Abschluss des Anzeigeverfahrens
 - 1.a.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 2. Anfragen
 - 3. Kastanien auf dem Rurdamm
Anregung/Beschwerde Nr. 6/2003 von Hans und Sofie Otten
 - 3.a. Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 - 2007
 - 4. 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich
 - 5. Kanalbenutzungsgebühren 2004

6. 24. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Jülich
7. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung der Übergangsheime der Stadt Jülich
8. Änderung der Entgeltordnung für das Stadtarchiv Jülich
9. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
10. Bauleitplanung
- 10.1. Bauleitplanung Nr. 55 „Lindenallee“
- Änderung des Flächennutzungsplanes -
- Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung -
- 10.2. Bebauungsplan Nr. 55 „Lindenallee“
 - a) Beratung und Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
11. Neubau eines Sportlerheimes in Koslar
12. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
- 12.1. Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln bei den Haushaltsstellen 1.9000.81000 - „Gewerbesteuerumlage“ und 1.9000.81100 - „Beteiligung Fond Deutsche Einheit“
- 12.2. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln bei der Haushaltsstelle 2.7000.96019 - „Entwässerung Serrest“
 - 12.2.a. Mittelbereitstellung bei der HHSt. 1.6700.57000 - Unterhaltung Straßenbeleuchtung (EWV)
 - 12.2.b. Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung der Straßenbeleuchtung Baugebiet „Türkenbend“
13. Abschluss von Vereinbarungen Duales System Deutschland AG
14. Gründung eines Betriebes „Service“ (Antrag Nr. 37/2003 der CDU-Stadtratsfraktion und der F.D.P.-Stadtratsfraktion)
15. Gründung einer kommunalen Dienstleistungsgesellschaft
- B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

1. Übernahme von Teilen der Aufgaben des Büros Jülich Information durch die Brückenkopf-Park Jülich GmbH

Stadtverordneter Köhne beantragt, den Beratungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Stadtrat passieren zu lassen.

Stadtverordneter Gunia führt hierzu aus, dass der Rat in der Angelegenheit entscheide. Sollten neue Erkenntnisse vorliegen, könne dort immer noch anders entschieden werden. Im Interesse der Klarheit solle hier jedoch eine Empfehlung ausgesprochen werden.

Der Antrag von Stadtverordneten Köhne wird daraufhin mit 7 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Die Brückenkopf-Park Jülich GmbH übernimmt Teile der Aufgaben des Büros Jülich Information vom Verein Stadtmarketing Jülich e.V. gemäß der im nichtöffentlichen Teil unter TOP 5 dargestellten Variante II. Die Räume des Informationsbüros am Hexenturm werden nicht übernommen. Der Kartenvorverkauf wird vom Aachener Zeitungsverlag (Büro in der Baierstraße) übernommen. In der Stadt werden kleinere Informationsstellen mit Broschürenauslagen geschaffen.

1.a. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

1.a.1. Umwandlung der Postfiliale Jülich 7 im Stadtteil Koslar in eine Partnerfiliale (Vorlagen-Nr. 583/2003)

Gegen die beabsichtigte Schließung der Postfiliale in Koslar bzw. Umwandlung in eine Partnerfiliale wurde mit Schreiben vom 22.10.2003 protestiert. Dieses Schreiben wurde den Bundestagsabgeordneten Rachel und Nietan mit der Bitte um Unterstützung übersandt.

Eine Durchschrift dieses Schreibens wurde ebenfalls den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet.

Mit Schreiben vom 13.11.2003 hat Bundestagsabgeordneter Nietan seine Unterstützung zugesagt.

Die Deutsche Bundespost hat in einem Telefonat Anfang voriger Woche mitgeteilt, dass sich im Stadtteil Koslar bisher niemand bereit erklärt habe, eine Postagentur einzurichten. Aller Voraussicht nach werde die Poststelle in Koslar Ende des Jahres geschlossen.

Eine von der Deutschen Bundespost erbetene und zugesagte schriftliche Stellungnahme liegt bisher nicht vor; es ist beabsichtigt unverzüglich die zugesagte Stellungnahme anzufordern.

1.a.2. Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich
hier: Abschluss des Anzeigeverfahrens
(Vorlagen-Nr.: 578/2003)

Mit Schreiben vom 13.11.2003 teilt die Kommunalaufsicht des Kreises Düren mit, dass durch den ergänzenden Bericht der Stadtverwaltung die grundsätzlichen Bedenken des Kreises hinsichtlich der Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft ausgeräumt wurden. Den erfolgreichen Abschluss des Anzeigeverfahrens hat die Kommunalaufsicht unter den Vorbehalt gestellt, dass verschiedene redaktionelle Änderungen in die durch den Stadtrat beschlossenen Gesellschaftsverträge für die SEG Jülich Verwaltungs GmbH bzw. die SEG Jülich Betriebs GmbH & Co. KG eingearbeitet werden.

Nachdem diese Änderungen in der Zwischenzeit vorgenommen wurden, soll jetzt das Notariat Dr. Peter & Dr. Roemer beauftragt werden, die notarielle Beurkundung der Gesellschaftsverträge und damit die Gründungsgesellschafterversammlung vorzubereiten. Mit der sich anschließenden Handelsregisteranmeldung sind neben den Gesellschaftsverträgen verschiedene weitere Unterlagen an das Amtsgericht einzureichen. Hierzu gehören insbesondere der Sachgründungsbericht und die Urkunde über die Auflassung der einzu-

bringenden Grundstücke auf die Gesellschaft. Auch diese Unterlagen sollen in Zusammenarbeit mit dem Notariat bzw. einem Steuerberater kurzfristig erarbeitet werden.

Die Entsendung der Vertreter Stadt Jülich in den Aufsichtsrat der SEG Verwaltungs GmbH war in der Sitzung des Stadtrates am 30.07.2003 zurückgestellt worden. Der Aufsichtsrat besteht aus 7 stimmberechtigten Mitgliedern einschließlich des Bürgermeisters als geborenem Mitglied. Durch den Rat sind somit 6 weitere Aufsichtsratsmitglieder sowie jeweils ein Verhinderungsvertreter zu benennen. Auf der Grundlage des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens hatte die Verwaltung vorgeschlagen, der CDU-Fraktion 4 Sitze und der SPD-Fraktion 2 Sitze zuzuteilen.

Darüber hinaus sollen die übrigen im Rat vertretenen und nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen jeweils einen nicht stimmberechtigten Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden können. Schließlich soll dem Aufsichtsrat, ebenfalls mit beratender Stimme, ein Vertreter des städtischen Beteiligungsmanagements angehören.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 11.12.2003 aufzunehmen.

1.a.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bürgermeister Stommel verweist zu diesem Tagesordnungspunkt auf die den Ratsmitgliedern zugegangene Aufstellung der sich noch in Bearbeitung befindlichen Beschlüsse.

Anmerkungen zu der Aufstellung werden nicht vorgebracht.

2. Anfragen

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorliegen.

3. Kastanien auf dem Rurdam
Anregung/Beschwerde Nr. 6/2003 von Hans und Sofie Otten
(Vorlagen-Nr.: 538/2003)

Frau Otten wird in der Sitzung einvernehmlich das Wort erteilt.

Frau Otten erläutert, dass seitens der Anwohner des Rurdamms die Sorge bestehe, dass die Bäume bei einem heftigen Sturm umfallen. Die Bäume seien sehr hoch und würden dadurch kopflastig.

Verwaltungsangestellter Birkenfeld führt hierzu aus, dass die Bäume regelmäßig kontrolliert und beigeschnitten werden. Schneide man zu große Äste ab, bilden sich auf Grund der großen Schnittstellen Faulstellen, aus denen dann aber auch wieder Triebe auswachsen. Dann müsste man die Bäume in ein paar Jahren wirklich fällen.

Stadtverordneter Gunia schlägt vor, die Angelegenheit nochmals im Fachausschuss zu beraten.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 2 Enthaltungen

Die Anregung/Beschwerde Nr. 6/2003 der Eheleute Hans und Sofie Otten wird zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss, dem Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss, verwiesen.

3.a. Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 - 2007

(Vorlagen-Nr.: 577/2003)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die Auflagen und Hinweise aus dem Entwurf der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 bis 2007 (s. Anlage 1 zu dieser Niederschrift) werden akzeptiert.

4. 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich
(Vorlagen-Nr.: 508/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich wird wie folgt erlassen:

„Folgt Satzung im Wortlaut gemäß Anlage 2 zu dieser Niederschrift!“

5. Kanalbenutzungsgebühren 2004
(Vorlagen-Nr.: 559/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2004 wird zugestimmt. Eine Änderung des Gebührensatzes erfolgt nicht.

6. 24. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Jülich
(Vorlagen-Nr.: 560/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die 24. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Jülich wird wie folgt erlassen:

„Folgt Satzung im Wortlaut gemäß Anlage 3 zu dieser Niederschrift!“

7. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung der Übergangsheime der Stadt Jülich
(Vorlagen-Nr.: 545/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung von Übergangsheimen der Stadt Jülich wird wie folgt erlassen:

„Folgt Satzung im Wortlaut gemäß Anlage 4 zu dieser Niederschrift!“

Die entstehenden Kosten- und Einnahmeänderungen werden im Haushalt 2004 berücksichtigt.

8. Änderung der Entgeltordnung für das Stadtarchiv Jülich
(Vorlagen-Nr.: 498/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

1. § 6 der Entgeltordnung lautet: „Diese Entgeltordnung tritt am 01.01.2004 in Kraft.“
2. Der Tarif gem. § 2 der Entgeltordnung für das Stadtarchiv Jülich wird gemäß Anlage 5 zu dieser Niederschrift erlassen.

9. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 566/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die am 14.11.2003 von Beigeordneten Schulz in Vertretung des Bürgermeisters und Stadtverordneten Gunia gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 der GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird wie folgt genehmigt:

Die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für das Gebiet der Innenstadt wird wie folgt erlassen:

„Folgt Wortlaut der ordnungsbehördlichen Verordnung gemäß Anlage 6 zu dieser Niederschrift!“

10. Bauleitplanung

- 10.1. Bauleitplanung Nr. 55 „Lindenallee“
- Änderung des Flächennutzungsplanes -
- Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung -
(Vorlagen-Nr.: 522/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Rat der Stadt Jülich beschließt die Flächennutzungsplanänderung zum Bebauungsplan Nr. 55 „Lindenallee“.

- 10.2. Bebauungsplan Nr. 55 „Lindenallee“
a) Beratung und Beschluss über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
(Vorlagen-Nr.: 520/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

- a) 1. Die Anregungen der Industrie- und Handelskammer werden dahingehend berücksichtigt, dass die Aufteilung des Bebauungsplanes in Verkehrs- und Bauflächen in einem späteren Änderungsverfahren überarbeitet werden, sobald die endgültige Lage der Störzone bekannt ist.
2. Die Stellungnahme des Staatlichen Umweltamtes Aachen und das Schallschutzgutachten werden der Handwerkskammer vorgelegt.
3. Die Forderung des Staatlichen Umweltamtes Aachen nach einem Gutachten über die Geruchsimmissionen wird zurückgewiesen. Es bestehen keinerlei An-

haltungspunkte dafür, dass durch die Nachbarschaft des Gewerbegebietes „Königskamp II“ Geruchsimmissionen auf das Baugebiet Lindenallee einwirken oder einwirken werden, so dass der Aufwand vollkommen ungerechtfertigt wäre.

- b) Der Bebauungsplan Nr. 55 „Lindenallee“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung dazu.

11. Neubau eines Sportlerheimes in Koslar
(Vorlagen-Nr.: 528/2003)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung

1. Dem Neubau eines Sportlerheimes in Koslar auf der freien Fläche neben dem Sportplatz in Richtung Wehrhahnstraße wird zugestimmt.
2. Der SV Viktoria Koslar erhält einen Zuschuss in Höhe von 50% der nachzuweisenden Materialkosten, höchstens jedoch 42.000,-- €.
3. Die Kosten für die Entsorgung des teilweise asbesthaltigen alten Sportlerheimes in Höhe von 12.000,-- € trägt als Eigentümer die Stadt Jülich.
4. Die Zuschussmittel an den Verein werden gezahlt, nachdem das Grundstück an der Friedensstraße, auf dem das abgängige Sportlerheim steht, als Baugrundstück entsprechend den Erlöserwartungen verkauft worden ist.

12. Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln

12.1. Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln bei den Haushaltsstellen 1.9000.81000 - „Gewerbesteuerumlage“ und 1.9000.81100 - „Beteiligung Fond Deutsche Einheit“
(Vorlagen-Nr.: 509/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei den Haushaltsstellen 1.9000.81000 – „Gewerbesteuerumlage“ und 1.9000.81100 – „Beteiligung Fond Deutsche Einheit“ werden im Haushalt 2003 überplanmäßige Mittel in Höhe von insgesamt 339.372 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei den Personalausgaben im ehemaligen Sammelnachweis I.

12.2. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln bei der Haushaltsstelle 2.7000.96019 - „Entwässerung Serrest“
(Vorlagen-Nr.: 514/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei der Haushaltsstelle 2.7000.96019 – „Entwässerung Serrest“ werden im Haushalt 2003 Mittel in Höhe von 89.965,90 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.6300.95042 – „Stadtanteil Weiterführung DKB-Strecke“.

12.2.a. Mittelbereitstellung bei der HHSt. 1.6700.57000 - Unterhaltung Straßenbeleuchtung (EWV)
(Vorlagen-Nr.: 562/2003)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bei HHSt. 1.6700.57000 werden für das Haushaltsjahr 2003 zusätzlich 10.085,68 € bereitgestellt.

Als Deckung für die überplanmäßige Ausgabe können Wenigerausgaben bei der HHSt: 1.6700.53000 herangezogen werden. Die Minderausgabe ergibt sich aus geänderten Konditionen des neuen Straßenbeleuchtungsvertrages mit dem RWE.

12.2.b. Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung der Straßenbeleuchtung Baugebiet „Türkenbend“
(Vorlagen-Nr.: 574/2003)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW wie folgt:

Bei der Haushaltsstelle 2.6700.95009 Straßenbeleuchtung Baugebiet „Türkenbend“ ist ein Betrag in Höhe von 27.583,74 € außerplanmäßig bereitzustellen. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.6300.96015 –Neubau Brücke Aachener Straße“

13. Abschluss von Vereinbarungen Duales System Deutschland AG
(Vorlagen-Nr.: 485/2003)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Abstimmungsvereinbarung sowie der Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an Abfallberatung und Stellflächen von Sammelgroßbehältern zwischen der Duales System Deutschland AG und der Stadt Jülich für die Zeit vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 wird wie folgt zugestimmt:

„Folgen Vereinbarungen im Wortlaut gemäß Anlage7 zu dieser Niederschrift!“

14. Gründung eines Betriebes „Service“ (Antrag Nr. 37/2003 der CDU-Stadtratsfraktion und der F.D.P.-Stadtratsfraktion)
(Vorlagen-Nr.: 539/2003)

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der F.D.P.-Stadtratsfraktion lautet wie folgt:

„Die Gründung eines Betriebes „Service“ auf der Grundlage des Modells von Hille/Storms wird vorbereitet.

Gemäß dem Modell der Firma ILB könnten dem Bereich „Service“ zugeordnet werden:

Personaleinsatz
Bauhof
Objektbetreuung
Hausmeisterservice
Abwasserkolonne.“

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zur Weiterbearbeitung des Antrags zur Gründung eines Betriebes „Service“ (Antrag Nr. 37/2003 der CDU-Stadtratsfraktion und der F.D.P.-Stadtratsfraktion) wird eine Arbeitsgruppe gebildet, in die neben den Vertretern der Verwaltung von den großen Fraktionen

je 2 Vertreter und von den kleinen Fraktionen je 1 Vertreter entsandt werden soll. Die Vertreter sollen von den Fraktionen noch benannt werden.

15. Gründung einer kommunalen Dienstleistungsgesellschaft

Die Gemeinde Niederzier hat die Gründung einer Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft initiiert. Gedacht ist neben der Gemeinde Niederzier gemeinsam mit den Städten Jülich und Linnich sowie den Gemeinden Aldenhoven, Inden und Merzenich diese Gesellschaft als GmbH zu gründen mit je einem Gesellschafteranteil in Höhe von 16,66 % = 5.000,00 €.

Nähere Einzelheiten sind aus der als Anlage 8 zu dieser Niederschrift beigefügten Vorlage der Gemeinde Niederzier ersichtlich.

Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit konnte eine Stellungnahme der Verwaltung hierzu noch nicht erfolgen.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, dass die Überlegungen zur Gründung einer kommunalen Dienstleistungsgesellschaft seitens der Verwaltung weitergeführt werden sollen.

Eine Beschlussfassung in der Angelegenheit erfolgt derzeit nicht.

B. Nichtöffentlicher Teil

Der Niederschrift sind als Anlagen beigefügt:

1. Entwurf der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts 2003 – 2007 (TOP 3.a)
2. 11. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Stadt Jülich (TOP 4)
3. 24. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Jülich (TOP 6)
4. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterhaltung der Übergangsheime der Stadt Jülich (TOP 7)
5. Tarif gem. § 2 der Entgeltordnung für das Stadtarchiv Jülich (TOP 8)
6. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (TOP 9)
7. Abstimmungsvereinbarung zwischen der Stadt Jülich und der Duales System Deutschland AG (TOP 13.)
8. Sitzungsvorlage zur Gründung einer kommunalen Dienstleistungsgesellschaft (TOP 15)